

KOMMUNIST

EXTRA

ZEITUNG DER DKP-HOCHSCHULGRUPPE DARMSTADT

Urabstimmung bei der ÖTV

Kampf dem Abbau des Reallohnes! -

Zahlreiche Warnstreiks und Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet haben Genscher gezwungen, sein unverschämtes 7,5%-Angebot schleunigst zurückzunehmen. Mit einer neuerlichen Provokation versucht er nun die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, des Transports und des Verkehrs mit 9,5% und 130 DM abzuspiesen. Aber auch dieses Mal wird er mit seinem unzureichenden Angebot an der Kampfentschlossenheit und Solidarität in den Betrieben und Verwaltungen scheitern.



"Kollegen in Düsseldorf am 5.2.74"

Die Kollegen sind nicht mehr bereit, vor den Einschüchterungsversuchen der Regierung zurückzuweichen. Das haben die 3000 Postler auf ihrer Demonstration in Darmstadt mit Nachdruck klar gemacht. Der Arbeitgeber 'Staat', der uns jährlich höhere Gebühren, Preise und Steuern einbrockt, ist sehr wohl in der Lage, den Arbeitern und Angestellten den notwendigen Inflationsausgleich zu zahlen.

Die DKP-Hochschulgruppe unterstützt voll und ganz die berechtigten Forderungen der Gewerkschaft ÖTV und ruft die Mitglieder der ÖTV auf:

Stimmt mit JA bei der Urabstimmung!

15% notwendig!

Allein die Preissteigerungsrate machte im letzten Jahr rund 8 Prozent aus und fraß damit den Löwenanteil der 8,5%-Erhöhung von 1973 auf. Hinzugekommen sind aber Erhöhungen der Sozialversicherung und der Steuern im Umfang von

- bitte wenden -



**Gewerkschaft
Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr**

**Tarfbereich
Gemeinden**

Stimmzettel zur Urabstimmung am 7. und 8. Februar 1974

Die Mitglieder der ÖTV sind über den Verlauf der Tarifverhandlungen ausführlich informiert. Das Angebot der öffentlichen Arbeitgeber ist völlig unzureichend und bleibt weit hinter den Forderungen der Gewerkschaft ÖTV zurück.

Deshalb hat die Gewerkschaft ÖTV dieses Angebot abgelehnt.

Die Gewerkschaft ÖTV fordert

- Erhöhung der Löhne und Vergütungen um 15 Prozent, mindestens um 185 DM monatlich
- Zusätzliches Urlaubsgeld von 300 DM und 50 DM je Kind
- Einheitliche Ausbildungsvergütung von 600 DM monatlich
- Zahlung der allgemeinen Zulage auch für das Krankenpflegepersonal.

**Bist Du bereit,
zur Durchsetzung unserer Forderungen
in den Streik zu treten?**

Ja

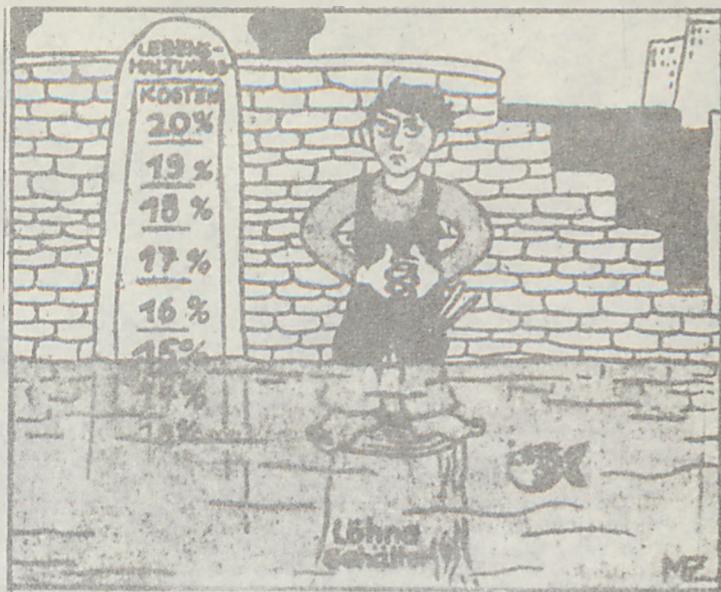
Nein

3,5 Prozent. Ferner stieg die Arbeitsproduktivität im letzten Jahr in der Bundesrepublik um rund 7 Prozent, d.h. die Arbeiter und Angestellten erzeugten 7% mehr Waren bzw. erbrachten 7% mehr Dienstleistungen. Das macht also unter dem Strich

8	Prozent
+ 3,5	Prozent
+ 7	Prozent

18,5 Prozent

Daraus ergibt sich, daß die 15 Prozentforderung der Gewerkschaft ÖTV, wie auch der Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner mehr als berechtigt ist !



„Die meisten Forderungen sind leer.“

Gleichzeitig aber setzen Bundesregierung und Arbeitgeber Schauernmärchen über die wirtschaftliche Entwicklung in die Welt. Zweistellige Tarifabschlüsse würden zu einer Arbeitslosenquote von 4% (900 000) und zu einer Inflationsrate von 10% führen. Was muß man diesen irreführenden Argumenten entgegen, die nur den einen Zweck haben: die Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen einzuschüchtern ?

nicht hereinfallen...

Seit Jahr und Tag behaupten die Unternehmer, die Löhne würden die Preise treiben. Und willfährige Helfer in der bürgerlichen Presse, beim Rundfunk und Fernsehen beten immer wieder das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale nach. Was ist einfach faul an diesem "Argument"?

- Der Anteil der Lohnkosten am Industrieumsatz (also an den Preisen) liegt im Durchschnitt bei knapp einem Viertel ! Steigen also die Löhne um 10 Prozent, so könnten höchstens - vorausgesetzt, die Unternehmer lassen keine Abstriche an ihren Profiten zu - Preiserhöhungen von 2,5 Prozent mit gestiegenen Lohnkosten begründet werden. Die Preissteigerungsrate liegt aber gegenwärtig bei 8%, was nur bei Lohnerhöhungen von 32%(!) begründet werden könnte und den ganzen Schwindel der Unternehmer"argumente" aufdeckt.

Ein anderes beliebtes Unternehmerargument sagt, daß Lohnerhöhungen unvermeidlich zur Gewinnminderung führen müßten und daß dadurch ein Rückgang der Investitionen und in seiner Folge auch ein Verlust an Arbeitsplätzen, also Arbeitslosigkeit, eintreten müßte. Was ist dazu zu sagen?

- Zunächst steht fest, daß die Gewinne der Konzerne keineswegs durch Lohnerhöhungen geschmälert werden. Vielmehr kassieren sie sogar Extraprofit, indem sie nicht nur die höheren Lohnkosten, sondern einen zusätzlichen Betrag auch auf die Preise aufschlagen (siehe Beispiel oben!). Selbst eine Gewinnschmälerung würde die Investitionsmöglichkeiten nicht einschränken, da die Unternehmer ja Kredite aufnehmen oder neues Kapital in ihr Unternehmen hereinnehmen können. Die Unternehmer schaffen neue Arbeitsplätze nicht um der Investitionen willen, sondern wegen des Profits. Gerade dort, wo die höchsten Investitionsraten gegeben sind, werden ja durch die Rationalisierung meist nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern Arbeitsplätze eingespart !

... klare forderungen :

ERHÖHUNG DER LÖHNE UM 15 PROZENT, MINDESTENS 185 DM

ZUSÄTZLICHES URLAUBSGELD VON 300 DM UND 50 DM JE KIND

EINHEITLICHE AUSBILDUNGSVERGÜTUNG VON 600 DM MONATLICH